

*Bitte beachten Sie, dass dieses Dokument von der Originalversion durch automatische Übersetzung übersetzt wurde. Bei Abweichungen herrscht die englische Version vor.*

*Please note that this document has been translated from the original version by automatic translation. In case of divergencies, the English version prevails.*

Brüssel, den 14. April 2021

## **Erklärung des Exekutivausschusses der ETF**

### **Sozialer Dialog im rumänischen Verkehrssektor**

**Das Exekutivkomitee der European Transport Workers' Federation (ETF) verurteilt die mangelnde Bereitschaft der rumänischen Regierung, sich am sozialen Dialog zu beteiligen, sowie die einschüchternde Atmosphäre, die die Regierung für die Verkehrsgewerkschaften geschaffen hat.**

Seit Anfang 2021 erhält die ETF Updates über den sich verschlechternden sozialen Dialog in Rumänien. Ein besonderer Fall betrifft die Metrogesellschaft in Bukarest, wo der einzige Eigentümer der rumänische Staat ist. Die bestehende Gewerkschaft, usLM, kämpfte, um mit der Regierung die Entlassungen und Lohnkürzungen angekündigt von der Firma ohne vorherige Konsultation zu diskutieren. Obwohl es jetzt eine Vereinbarung zu geben scheint, um Arbeitsplätze zu retten, wurden wir über die Drohungen von Gerichtsverfahren gegen Arbeitnehmer informiert, die beschlossen haben, gegen die neuen Maßnahmen zu protestieren.

Darüber hinaus hat die Regierung die Gewerkschaften nicht zum nationalen Konjunktur- und Resilienzplan nach COVID konsultiert. Im Gegenteil, die Regierung hat versucht, die Gewerkschaftsführer durch persönliche Angriffe zu diskreditieren.

Es ist inakzeptabel, den Gewerkschaften das Recht auf einen strukturierten Dialog über die Arbeitsbedingungen der Frontalarbeiter zu verweigern. Sie widerspricht den grundlegendsten Menschenrechten, die z.B. in der Europäischen Säule sozialer Rechte aufgeführt sind. Metro-Mitarbeiter in Bukarest erfüllen ihre Aufgaben trotz der anhaltenden COVID-19-Pandemie und trotz langjähriger Gesundheits- und Sicherheitsprobleme am Arbeitsplatz. Sie sorgen für einen Service, der entscheidend dafür ist, Bukarest zu einer lebensfähigen Stadt zu machen und angemessene Arbeitsbedingungen zu verdienen.

Darüber hinaus stehen die Maßnahmen der rumänischen Regierung nicht im Einklang mit dem Europäischen Green Deal. Obwohl die Bukarest Metro in den letzten zehn Jahren von mehreren Erweiterungsprojekten profitiert hat, die mit EU-Mitteln

unterstützt wurden, widerspricht die Missachtung der Arbeitsbedingungen oder der ausreichenden Personalausstattung des Unternehmens der langfristigen Tragfähigkeit dieser Projekte.

**Das Exekutivkomitee der ETF fordert die rumänische Regierung auf, ihre Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung zu beenden und einen angemessenen sozialen Dialog wieder aufzunehmen. Die Einbeziehung der Sozialpartner in den politischen Entscheidungsprozess ist von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit und die Grundlage des europäischen Sozialmodells.**

**European Transport Workers' Federation | Galerie Agora, Rue du Marché aux Herbes 105, BTE 11, B-1000 Brussels**

**+32 2 285 46 60 | [etf@etf-europe.org](mailto:etf@etf-europe.org) | [etf-europe.org](http://etf-europe.org)**

**Frank Moreels, President | Livia Spera, Acting General Secretary | Ekaterina Yordanova - Jan Villadsen, Vice Presidents**